

## Impfstoff bei über 65-Jährigen mit geringer Wirkung

Demnächst erfolgt die Zulassung eines weiteren Impfstoffes, der aber nicht für Senioren geeignet sein soll. Der Astrazeneca-Corona-Impfstoffs soll damit nicht die große Risikogruppe vor Ansteckungen schützen können.

Trotzdem wird das Produkt des britisch-schwedischen Pharmakonzerns voraussichtlich von der EU-Arzneimittelbehörde (EMA) in den kommenden Tagen zugelassen werden. Ursprünglich planten Bund und Länder, das Mittel für ältere Menschen einzusetzen, die zu Hause leben und aus Alters- oder Krankheitsgründen die Impfzentren nicht aufsuchen können. Es ist einfacher zu transportieren als etwa der Biontech-Impfstoff.

Nun müsste die Impf-Strategie für diese Personengruppe geändert werden. Andere Impfstoffe sind bereits im Gespräch. Der Hersteller bestreitet natürlich, dass das Produkt nicht für alle Altersgruppen geeignet ist.



Wir Republikaner sprechen uns für den Erhalt des Bargeldes aus. Bargeld ermöglicht direkte, nicht kontrollierbare Geschäftsaktionen. Es gibt beiden Parteien Sicherheit in der Abwicklung. Außerdem verdient kein Dritter - ohne etwas getan zu haben - an dem Bezahlvorgang. Bargeld bedeutet damit auch Freiheit. Bargeld ist aber nicht nur geprägte Freiheit, sondern auch Teil des Datenschutzes. Über Kartenzahlungen lässt sich ein lückenlosen Kaufprofil erstellen. Einen derart gläsernen Menschen wollen wir nicht. Bargeld zu Hause sichert uns ab, schützt den Verlust des Vermögens bei Bankenpleiten und gerade diese mussten wir in der Vergangenheit öfter erleben.

## Deutschland führt in der Sterbestatistik

In Nordrhein-Westfalen lag die Zahl der Toten im Dezember um 17 Prozent über dem Vergleichsmonat des Jahres 2019. Insgesamt starben 2020 zwischen Rhein und Weser 213.000 Menschen, im Jahr davor waren es lediglich 206.000. Und selbst in der harten Grippesaison 2018 starben 211.000 Personen. Die Ursache für die Übersterblichkeit liegt an der sprunghaften Verbreitung der Lungenkrankheit Covid-19, ausgelöst durch das Coronavirus, wurde nun mitgeteilt. Inzwischen sterben in Deutschland damit im Schnitt mehr Menschen als in den Vereinigten Staaten, in denen noch immer über die angeblichen Unzulänglichkeiten der Bekämpfung der Pandemie durch den abgelösten Präsidenten Donald Trump diskutiert wird. Nur Portugal muss bezogen auf seine Bevölkerung noch mehr Tote beklagen.

Damit dürfte in Deutschland klar sein, dass unsere Regierung völlig ungeeignet ist, mit den Folgen der Pandemie umzugehen.

## Rasend steigende Armut

In Deutschland steigt die Armut ungebremst weiter an. Die Mehrheit der Menschen, die im Alter ausschließlich von der gesetzlichen Rente leben müssen, ist wahrlich arm dran. Bei rund 81 Prozent der Frauen und knapp 45 Prozent der Männer, die im Jahr 2019 in Ruhestand gingen, liegt die Rente unterhalb der sogenannten „Armutgefährdungsschwelle“ von aktuell 1155 Euro. Als armutsgefährdet gilt, wer über weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens verfügt.

Die Quote der Rentner, die unter der 60-Prozent-Schwelle liegen, weil sie neben der gesetzlichen Rente keine zusätzlichen Einkommensquellen haben, ist in den vergangenen 15 Jahren deutlich gestiegen.

Sie lag u.a. nach Zahlen der Deutschen Rentenversicherung, im Jahr 2019 bei 22 Prozent. Das sind vier Prozentpunkte mehr als im Jahr 2005. Deutlich gestiegen ist auch die Zahl der Menschen, die Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung beziehen. Ende 2019 waren es rund 126.000, im Jahr 2006 knapp 83.000. Die gesetzliche Rente für immer mehr ältere Menschen nicht aus, um den Lebensstandard zu sichern. Um Altersarmut zu verhindern, muss das Rentenniveau langfristig wieder auf mindestens 50 Prozent angehoben werden. Zudem brauchen wir statt Niedriglöhnen, Zeitarbeit und Minijobs mehr Sicherheit und Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt.

Etwas verringert hat sich nach der Unterschied zwischen Männern und Frauen. Zwar liegen die Männer bei den Bestandsrenten mit durchschnittlich 1221 Euro nach wie vor deutlich vor den Frauen, die im Schnitt 735 Euro Rente beziehen. Die Männer, die 2019 in Ruhestand gingen, aber mussten Einbußen hinnehmen. Ihre Renten sanken im Schnitt auf 1167 Euro, also um 54 Euro. Bei den Frauen stiegen die Neurenten im Vergleich zu den Bestandsrenten um auf 748 Euro.

Der Hintergrund: Insgesamt sinkt das Rentenniveau, aber mehr Frauen waren länger erwerbstätig als früher.

# Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

**DIE**  
**REPUBLIKANER** **REP**

## Asylbewerber klagen für höhere Leistungen vor BVerfG

Manche Gäste zeigen in fremden Ländern ihre Undankbarkeit auf ganz besondere Art und Weise. Angeblich aus dem Elend geflohen wird dann in Deutschland abgegriffen und ausgenutzt, was auch nur ansatzweise möglich ist. Reicht das nicht aus, dann wird geklagt. Das Bundesverfassungsgericht muss nun die Frage klären, ob die Leistungen für Asylanten im Jahr 2018 zur Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums ausreichen. Der Senat des Landessozialgerichts in Celle hat daran Zweifel und den Fall daher an die nächsthöhere Instanz übertragen. Geklagt hatten eine Mutter und ihre Tochter, die als Asylbewerberinnen aus Eritrea geduldet werden und im Landkreis Osterholz leben. Sie wandten sich gegen die Leistungen im Jahr 2018. Diese seien seit 2016 nicht an die Teuerung angepasst worden. Nach Angaben des Landessozialgerichts wurden die bundesweit gültigen Bedarfssätze erst zum September 2019 angepasst, allerdings nicht rückwirkend. Außerdem sei der Bedarf der Asylbewerberinnen nicht transparent und nachvollziehbar genug bestimmt und begründet worden. In erster Instanz war die zuständige Samtgemeinde zur Zahlung höherer Leistungen verurteilt worden. Dagegen legte der niedersächsische Gemeindeverband Berufung ein, weil sie an gesetzliche Regelungen gebunden und die geforderte Anpassung der Leistungen so gering sei, dass eine Gefährdung des Existenzminimums noch nicht im Raum stehe. Dem Landessozialgericht zufolge geht es gerade einmal um eine Differenz von 10 € monatlich bei der Mutter und 7 € monatlich bei dem Kind.

## Vom Ausland lernen – Dänemark will keine neuen Asylanten

Dänemarks Regierungschefin Mette Frederiksen will in Zukunft noch härter bei Asylbewerbern durchgreifen. Sie und ihr Integrationsminister wollen deren Zahl deutlich senken – auf Null. Interessant dabei ist, die Dame ist Sozialdemokratin.

Dänemark fuhr bereits in den vergangenen Jahren einen konsequenten Kurs bei der Masseneinwanderung. Viele Gesetze und Strafen wurden verschärft, ein "Ghetto-Paket" soll dafür sorgen, dass Stadtviertel mit einem hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund bald der Vergangenheit angehören. Nun erhöht Dänemarks Ministerpräsidentin Mette Frederiksen nochmals den Druck. Ihr Ziel: Es sollen genau null neue Asylbewerberinnen und -bewerber nach Dänemark kommen. "Das ist unser Ziel. Natürlich können wir dazu kein Versprechen abgeben", sagte die Sozialdemokratin am Freitag im Folketing, dem dänischen Parlament. "Aber wir können die Vision aufstellen, die wir auch vor den Wahlen hatten, nämlich dass wir ein neues Asylsystem wollen, und dann werden wir alles tun, um es einzuführen."

Wir Republikaner sind der Ansicht, dass jetzt auch einmal von den dänischen Nachbarn gelernt werden sollte. Wie teuer die Masseneinwanderung ist und welcher Identitätsverlust eintritt, das mussten und müssen wir in Deutschland leidvoll erleben. Kommunen können die hohen Ausgaben kaum noch schultern, müssen in anderen Bereichen Kürzungen vornehmen, und nicht nur im Ruhrgebiet fühlt man sich bereits fremd im eigenen Land.

## Jochen Meridies verstorben



Unser Mitglied Jochen Meridies ist einen Tag vor seinem 90igsten Geburtstag verstorben.

Der Unternehmer aus Barsinghausen gehörte 30 Jahre unserer Partei an und bekleidete auf Kommunal- und Landesebene verschiedene Ämter. Zudem gehörte er 2011 der Regionalversammlung Hannover als Abgeordneter unserer Partei an. Wir danken unserem treuen Weggefährten. Unser Mitgefühl gilt jetzt den Hinterbliebenen.

## ! Jetzt Republikaner werden !



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. **Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei:** <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

WWW.REP.DE

## Jetzt informieren

- Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich bitte um weiteres Infomaterial

[www.rep.de](http://www.rep.de)
**DIE REPUBLIKANER**
**DIE REPUBLIKANER**  
**REP**

## VERANSTALTUNGSKALENDER

**Sehen Sie hier eine kleine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist.**  
**Weitere Informationen erhalten Sie von den Landesverbänden**

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: [heidelberg@rep.de](mailto:heidelberg@rep.de) oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Weitere Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Berchtesgaden:** Regelmäßige Stammtische: Infos unter: [lgst@rep-bayern.de](mailto:lgst@rep-bayern.de)
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: [lgst@rep-bayern.de](mailto:lgst@rep-bayern.de)
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel.: 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Samstag im Monat, um 17.00 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: [duesseldorf@rep.de](mailto:duesseldorf@rep.de) oder Tel./Fax: 0211-6022383.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: [kontakt@rep.nrw.de](mailto:kontakt@rep.nrw.de).
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, um 19.30 Uhr, in Porta Westfalica. Anfragen unter: [kontakt@rep-nrw.de](mailto:kontakt@rep-nrw.de).
- **Kreis Hagen:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: [hagen@rep.de](mailto:hagen@rep.de)
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: [sachsen@rep.de](mailto:sachsen@rep.de)

---

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER  
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**

---



# Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

**DIE REPUBLIKANER(REP)**  
 Postfach 140407  
 40074 Düsseldorf

# Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Telefon Telefax

E-Post

Konfession / Beruf / Tätigkeit Geburtsdatum

Frühere Parteimitgliedschaft in .../von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen

Datum / Unterschrift

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post  
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) Zahlungsart Zahlungsrhythmus Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Überweisung  Lastschrift  jährlich  halbjährlich

## Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut BIC/Swift-Code

IBAN

Datum / Unterschrift

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
<b>Kreisverband</b> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	<b>Bezirksverband</b> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	<b>Landesverband</b> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	<b>Bundesverband</b> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.